

NIEDERSCHRIFT
über die 2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
in der 10. Wahlperiode 2014/2019

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal
am Donnerstag, 02. Oktober 2014, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Werner eröffnet die 2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

II. Änderung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Landrat Werner, dass vor der Sitzung eine Besprechung mit allen Fraktionsvorsitzenden durchgeführt wurde. Hintergrund dieses Treffens war die Tatsache, dass die Sitzverteilung in den Ausschüssen falsch berechnet worden ist - dies sei ein Fehler der Verwaltung gewesen, wofür sich Landrat Werner auch entschuldigt.

Am Tag nach der Wahl wurde mit dem Programm, das vom Landeswahlleiter freigegeben wurde, die Sitzverteilung in den Ausschüssen berechnet. Hierbei wurde die Sitzverteilung auf Grundlage der bei der Kreistagswahl erreichten Stimmen je Partei berechnet.

Was jedoch von der Verwaltung versäumt wurde, war die Installation eines Updates, das 1-2 Wochen nach der Wahl vom Landeswahlleiter zur Verfügung gestellt wurde. Dieses Update brachte Änderungen bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen mit einer Stärke von 15 Mitgliedern mit sich.

Landrat Werner erinnert an die Änderung der Hauptsatzung, wonach die Ausschussstärke von 14 auf 15 Mitglieder erhöht wurde, damit „Die LINKE“ ebenfalls in den Ausschüssen vertreten sein können. Der 15. Platz allerdings sei nicht für „Die LINKE“, sondern steht der CDU-Fraktion nach der rechtmäßigen Berechnung zu.

Die Verwaltung wird in den nächsten Wochen zu prüfen haben, was mit den Beschlüssen des

Kreistages geschieht, in denen die einzelnen Ausschüsse gewählt wurden und ob diese nun durch den Landrat auszusetzen sind oder nicht. Aus diesem Grund konnte in der Fraktionsvorsitzendenrunde Einigung über die Absetzung der Tagesordnungspunkte 6, 7 und 12 hergestellt werden.

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 12 von der Tagesordnung abzusetzen.

Gleichzeitig beschließt der Kreistag die Erweiterung der Tagesordnung um Punkt

14. Anfrage der Fraktion B90/Grüne zum Hochwasser im Donnersbergkreis

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung vom 03.04.2014 und der 1. Sitzung vom 16. Juli 2014
2. Einwohnerfragestunde
- 3.1. Kommunalen Entschuldungsfonds
- 3.2. Nachtragshaushaltsplan des Donnersbergkreises für das Jahr 2014
4. Bericht der Schwerpunktprüfung zur Generalsanierung des NPG
5. Nachwahl eines beratendes Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
6. TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt
7. TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt
8. Wahl von Vertreter/innen des Zweckverbandes zur Förderung der Kulturarbeit im Einzugsgebiet der Stadt Eisenberg
9. Wahl eines/r Vertreters/in und Stellvertreters/in aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg als Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes
10. Wahl der Mitglieder des Kreissenorenrates
11. Bestellung eines Vertreters des Aufsichtsrates der Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH
12. TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt

13. Bestimmung von zwei Mitgliedern für die Trägerversammlung des Jobcenters Donnersbergkreis
14. Anfrage der Fraktion B90/Grüne zum Hochwasser im Donnersbergkreis

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschriften der 24. Sitzung vom 03.04.2014 und der 1. Sitzung vom 16.07.2014

I. Sachverhalt:

Landrat Werner informiert, die Niederschriften wurde allen Mitgliedern übermittelt. Er fragt, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift gibt.

Solche werden nicht geäußert.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 24. Sitzung vom 03.04.2014 sowie der 1. Sitzung vom 16. Juli 2014.

Ergebnis der 2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am 02. Oktober 2014 in Kirchheimbolanden

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: 3.1 Kommunalcr Entschuldungsfonds
 3.2 Nachtragshaushaltsplan des Donnersbergrkreises für das
 Jahr 2014

I. Sachverhalt:

Landrat Werner berichtet, dass der vorgelegte Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2014 saldiert Verschlechterungen gegenüber der Planung vorsieht, die im Dezember letzten Jahres vom Kreistag beschlossen wurde. Voraussichtlich wird der Jahresfehlbetrag um rund 600.000 Euro auf knapp 3,3 Millionen Euro steigen. Ein Nachtragshaushalt passt ja die Planungen an die tatsächlichen Entwicklungen und Entscheidungen des laufenden Jahres an. Er ist aber logischerweise kein Jahresabschluss; auch im letzten Quartal und im Rahmen der Jahresabschlüsse können sich noch Veränderungen ergeben. Dies zeigt ein Blick auf den Jahresabschluss des Jahres 2013, der zur Zeit geprüft wird. Der prognostizierte Jahresfehlbetrag von 4,4 Millionen kann voraussichtlich um mehr als die Hälfte reduziert werden – noch ungeprüft durch das RPA konnte ein Jahresfehlbetrag von rund 2,0 Mio. € festgestellt werden.

Die finanziellen Verschlechterungen des Haushaltes resultieren im Wesentlichen aus vier Einzelbereichen: Personal, Soziales, Jugend und Schulen. In der ursprünglichen Planung wurde von einer Tarifierhöhung von 1 % ausgegangen – nun liegt der Tarifabschluss bei über 3 % Steigerung. Deshalb mussten die Personalaufwendungen um rund 200.000 Euro erhöhen werden.

Der Haushalt des Sozialamtes hat sich um 250.000 Euro verschlechtert. Entscheidend dafür war zum einen die Tatsache, dass sich bei der Hilfe zum Lebensunterhalt die Anzahl der antragstellenden Menschen um rund 25 % auf 150 erhöht haben.

Zum anderen sind die Kosten, die man für die stationäre Pflege von hilfsbedürftigen Menschen bezahlen muss, deutlich gestiegen. Fallzunahmen und Pflegesatzerhöhungen haben da genauso zu Buche geschlagen wie der Wegfall von Selbstzahlern und die Tatsache, dass dieses Jahr weniger Immobilien verwertet werden konnten als beabsichtigt.

Im Jugendamt sind die Ausgaben für die Beteiligung an den Personalkosten der Erzieherinnen und Erzieher deutlich gestiegen. Auch hier wurden natürlich die Tarifsteigerungen eingerechnet. Außerdem wurden in diesem Haushalt die Verbesserungen, die der Jugendhilfeausschuss im

Rahmen der Bedarfsplanungen beschlossen hat, auch finanziell umgesetzt. Landrat Werner erinnert an der Stelle daran, dass der Kreis knapp fünf Stellen zusätzliches Personal in den Kitas fördert – zum einen, um mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen, zum anderen, um mehr Ganztagsangebote anzubieten. Somit können damit alle Eltern, die dies wollen, ein Betreuungsangebot für ihre Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Anspruch nehmen. Für nahezu alle Zweijährigen und für rund 1/5 der einjährigen Kinder wird dieses Angebot angenommen. Allein der Donnersbergkreis gibt damit pro Jahr fast 9 Millionen Euro für die Personalkosten in den Kitas aus – eine Verdoppelung der Kosten seit dem Jahr 2000. Dies ist deshalb gut investiertes Geld, weil nur so die Kinder fit gemacht werden können fürs Leben und weil nur so die Eltern Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Neben der individuellen Förderung der Kinder sind diese Ausgaben also auch Ausgaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Donnersberger Land.

Im Bereich der Heimunterbringungen von Kindern und Jugendlichen laufen dem Kreis die Kosten davon. Zum einen sind die Pflegesätze um 2,6 % erhöht worden. Zum anderen hat man sehr kostenintensive Unterbringungen in speziellen Einrichtungen.

Die vierte Einzelposition - sind die Schulen. Die Hälfte des zusätzlichen Fehlbetrages beruht auf der Übertragung der Budgetüberschüsse der Schulen aus dem vergangenen Jahr. Des Weiteren sind bei der IGS in Eisenberg und der Berufsbildenden Schule die Mehrkosten für laufende Unterhaltungsarbeiten aufgenommen.

Ein neuer Ansatz wird für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes gemacht. Bisher ist man gemeinsam sehr erfolgreich bei der Umsetzung des laufenden Entwicklungsplanes gewesen. Bis auf die Fachoberschule in Rockenhausen wurden alle Ziele erreicht.

Jetzt gilt es vor allem für den Bereich der Förderschulen und der Berufsbildenden Schulen, Perspektiven für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Schulstandorte zu entwickeln. Das wird eine zentrale Aufgabe für die nächsten Monate sein – mit diesem Haushaltsansatz erfolgt der Startschuss.

Deutliche Verbesserungen gegenüber dem Ausgangshaushalt sind auf der Einnahmesituation zu verzeichnen. Die größte Einzelposition dabei sind die Schlüsselzuweisungen C2, die um 274.000 Euro gestiegen sind. Diese Steigerung beruht auf einer Überprüfung des von allen Kreisen und kreisfreien Städten gemeldeten Bedarfs durch das statistische Landesamt. Der Donnersbergkreis hatte die echten Zahlen geliefert und profitiert jetzt davon, dass die ein oder andere Gebietskörperschaft zu viel des Guten wollte.

Für den Bereich des Investitionshaushaltes will Landrat Werner lediglich darauf hinweisen, dass

auch in diesem Jahr wieder über 2,8 Millionen Euro investiert wird und die Netto-Neuverschuldung um rund 1 Million zurückgeführt werden kann. Damit bleibt man der Linie treu und baut Jahr für Jahr die Investitionskredite ab, um dadurch die künftige Handlungsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen zu verbessern.

Natürlich ist eine Haushaltsverschlechterung kein positives Signal für das Ziel, den Haushalt 2015 auszugleichen, so Landrat Werner. Trotzdem bleibt die Chance, dieses Ziel zu erreichen, wenn auch im nächsten Jahr die Personalkosten steigen werden und im Sozial- und Jugendamt weiterhin finanzielle Risiken stecken. Denn auf der anderen Seite kommt im nächsten Jahr die sogenannte Vorabmilliarde des Bundes auch im Donnersbergkreis an. Allein aus der Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV werden wohl 250.000 Euro in den Kreishaushalt fließen können.

Des Weiteren wird sich die Schlüsselzuweisung C2, die das Land im Rahmen des Finanzausgleichs gewährt, deutlich erhöhen. Da Vorwegentnahmen für die kreisfreien Städte im nächsten Jahr wegfallen, werden wohl über 600.000 Euro zusätzlich in den Donnersbergkreis fließen. Bei den Zuweisungen für die Schülerbeförderung rechnet man mit deutlichen Verbesserungen. Nicht zuletzt kann der Zinsansatz weiter reduziert werden, und ähnlich große Unterhaltungsmaßnahmen wie die Erneuerung sämtlicher Fenster bei der Realschule plus in Rockenhausen, stehen nach derzeitigem Kenntnisstand nächstes Jahr nicht an.

Landrat Werner kann keinen Haushaltsausgleich für das nächste Jahr garantieren – er bleibt allerdings bei seiner Meinung, dass hierzu eine realistische Chance besteht. Diese Chance erfordert es aber auch, dass gemeinsam Kostendisziplin gehalten wird, dass auch weiterhin nur solche Ausgaben getätigt werden, die unabwendbar sind und auf keinerlei Einnahmen verzichtet wird.

Damit bezieht sich Landrat Werner auf den letzten Aspekt, der in diesem Nachtragshaushalt seinen Niederschlag gefunden hat - der Kommunale Entschuldungsfonds, an dem sich der Kreis beteiligt. Er erinnert, dass 2/3 der zum 31.12.2009 aufgenommenen Kassenkredite in diesen Fonds überführt wurden und dadurch getilgt werden sollen, dass das Land 2/3 dieser Kosten übernimmt und der Kreis ein weiteres Drittel durch Einsparungen oder Einnahmeerhöhungen erwirtschaftet. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog wurde im Kreistag beschlossen. Bei der Abrechnung des ersten Jahres des KEF wurde festgestellt, dass bei der Berechnung der Kreditbestände zum Stichtag 31.12.2009 die Zahlungsmittelbestände nicht in Abzug gebracht wurden.

Deshalb müssen die Liquiditätskredite stichtagsbezogen reduziert, sodass man dadurch logischerweise auch geringere Landeszuweisungen erhält; außerdem geht der

Konsolidierungsanteil zurück. Auf der Basis der jetzt endgültig festgestellten Liquiditätskredite von rund 44,6 Millionen Euro muss ein neuer Konsolidierungsvertrag mit dem Land abgeschlossen werden. Die übrigen Eckpunkte, insbesondere die Konsolidierungsbeiträge – bleiben natürlich unverändert. Die Reduzierung der jährlichen Landeszuweisungen wurde im Nachtragshaushalt bereits abgebildet. Landrat Werner bittet die Kreistagsmitglieder mit dieser Vorgehensweise einverstanden zu sein.

Gerd Fuhrmann (SPD) räumt ein, dass der Jahresfehlbetrag steigt. Die Erhöhung lässt sich allerdings nicht nur auf Beschlüsse der Kreisgremien zurückführen, sondern auch auf Faktoren, die nicht dem Einfluss kommunalpolitischer Entscheidungen unterliegen, wie z.B. tarifliche Anpassungen, Erhöhung der Pflegesätze etc.

Bewusst wurden hingegen die Beschlüsse getroffen hinsichtlich der Unterstützung der Schulsozialarbeit sowie die Anpassung des Kindertagesstättenbedarfsplanes bezüglich der Kleinkind- und Ganztagsbetreuung. Bei den Schulen erfolgte speziell die Entscheidung in die Bauunterhaltung zu investieren.

Es sollten jedoch noch zwei Kostenstellen Erwähnung finden - Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Die Investitionen in diesen Bereichen sind für die Sicherheit der Bevölkerung unabweislich, was auch in den letzten Tagen in verschiedenen Ortsgemeinden der VG Rockenhausen und Alsenz-Obermoschel ersichtlich wurde. An der Stelle dankt Gerd Fuhrmann den Helferinnen und Helfern der freiwilligen Feuerwehren, dem DRK und den Mitbürgern/innen, die in der Nachbarschaftshilfe tätig waren. Die Unterstützung ist großartig und findet eine große Solidarität.

Die SPD-Fraktion wird dem Nachtragshaushaltsplan zustimmen.

Rudolf Jacob (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion wird dem Nachtrag ebenfalls zustimmen. Da der Ausblick auf den kommenden Haushalt mit entsprechendem Optimismus dargestellt wurde, wird die CDU-Fraktion ein Augenmerk auf die Kreisumlage richten. Denn wenn der Kreis nächstes Jahr tatsächlich in der Lage wäre einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und hingegen die Orts- und Verbandsgemeinden überwiegend unausgeglichene Haushalte haben - muss perspektivisch überlegt werden, ob man zumindest nicht mit einem Teil der gesplitterten Kreisumlage auch den Orts- und Verbandsgemeinden eine Entlastung zukommen lässt. Denn schließlich werden durch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs die Landkreise und kreisfreien Städte überproportional gegenüber dem kreisangehörigen Raum, also Orts- und Verbandsgemeinden, profitieren.

Landrat Werner kann die Sichtweise von Rudolf Jacob verstehen, weist allerdings darauf hin, dass der Kreis seine Orts- und Verbandsgemeinden bereits seit mehr als 10 Jahren dadurch entlastet, dass der Hebesatz für die Kreisumlage unterdurchschnittlich gehalten wird - nämlich 1,5 Punkte unter dem Landesdurchschnitt. Diese Tatsache sei der Aufsicht nicht einfach zu

erklären, denn diese versucht immer wieder die Verwaltung davon zu überzeugen, dass mindestens der Landesdurchschnitt gehoben wird.

Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, dass die Zahlen leider eine andere Sprache sprechen, als der zuvor ausgeführte Optimismus seitens der Verwaltungsleitung: bei den Erträgen erfolgte eine Zunahme von 4,2 %; die Aufwendungen steigen allerdings auch um 5,5%. Das bedeutet, dass die zusätzlichen Einnahmen leider nicht dazu führen, die gestiegenen Ausgaben aufzufangen. Derzeit befindet sich der Kreis in einer Situation, in der seine Pflichtaufgaben nicht im vollem Umfang erfüllt werden können. Hier erinnert Christian Ritzmann an die Sitzung des Kreisausschusses vor zwei Tagen, in der die Schulsozialarbeit an den Grundschulen im Rahmen einer Kofinanzierung mit den Kommunen beschlossen wurde.

Ein weiterer Bereich, bei dem die Aufgaben seitens des Kreises nicht ganz erfüllt werden, sei nach Meinung von Christian Ritzmann, der Straßenbau. Es werden 2,5 Mio. € investiert bei gleichzeitig 4 Mio. € hohen Abschreibungen. Der Werteverzehr fällt daher viel höher aus und die Deckungslücke bleibt nach wie vor.

Der Haushalt und der Nachtrag zeigen ganz klar, dass der Kreis nach wie vor von den mangelnden Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz betroffen ist und hat deswegen auch nicht die Chance seine Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen. Diese politische Situation kann die FDP-Fraktion nicht hinnehmen und wird sich bei der Beschlussfassung enthalten.

Helmut Schmidt (LINKE) erläutert, die Haushalte des Kreises werden immer von der ADD genehmigt trotz der riesigen Defizite. Für ihn bedeutet es, dass die Aufsichtsbehörde das Handeln der Verwaltung gutheißt und dass es keine unnötigen Verschwendungen gibt. Sehr bemerkenswert fand Helmut Schmidt die Reaktion und Handeln der Verwaltung in Bezug auf das Hochwasserereignis. Dies sei ein gutes und wichtiges Signal für alle Bürger im Kreis, dass auch ihnen in der Not geholfen wird.

Zuletzt erkennt Helmut Schmidt ausdrücklich die gute Arbeit der gesamten Kreisverwaltung an - kann dennoch dem Haushalt nicht zustimmen, weil ohne Hilfe aus Mainz und Berlin sich auch künftig nicht viel ändern wird - egal welche großen Anstrengungen der Kreis tatsächlich unternimmt. Aus diesem Grund erfolgt von ihm keine Zustimmung zu diesem Haushalt.

Rita Beck (B90/Grüne) informiert die Fraktion B90/Grüne wird dem Nachtragshaushalt zustimmen. Die meisten Posten im Nachtrag betreffen Pflichtaufgaben des Kreises, die auch mit der Zustimmung der Grünen beschlossen wurden. Neu ist der Ansatz von 30.000 € für den Schulentwicklungsplan. Der Rückgang der Schülerzahlen, die Inklusion, der Rückgang der Berufsschulklassen und die Situation der Erzieherinnenschule in Alsenz machen eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes notwendig. Für die Kreisvolkshochschule und die Musikschule ist der Aufwand um 17.000 € gestiegen und die Kursteilnehmer gehen immer weiter zurück. Seit 2010 haben sich die Teilnehmer fast halbiert. Hier ist eine Neuausrichtung dringend

notwendig.

Manfred Schäfer (CDU) ist der Meinung, dass der Kreis mehr in die Straßen investieren sollte - selbst wenn dadurch die Verschuldung langsamer zurückgefahren werden muss und der Haushalt nicht auszugleichen ist. Denn es kann nicht sein, dass zu Ungunsten der Autofahrer, in dem unter Umständen die Gefahrenquellen erhöht werden, die Ausgleicheung des Haushaltes erfolgt. Bei der nächsten Haushaltsaufstellung sollte dies bedacht werden.

Landrat Werner verdeutlicht, das Straßenbauprogramm wird im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss meist einstimmig und einvernehmlich aufgestellt. Im Kreis werden jedes Jahr Straßenbaumaßnahmen auch durchgeführt. Über die ein oder andere Maßnahme lässt sich sicherlich miteinander reden - diese muss natürlich aber auch in die Planungs- und Förderkulisse des Landes passen. Landrat Werner ist sich sicher, dass man dies weiterhin gemeinsam bewältigen kann.

II. Beschluss:

1. Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt der Vorgehensweise zum Kommunalen Entschuldungsfond, wie im Sachverhalt erläutert, zu.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen

2. Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt dem Nachtragshaushaltsplan 2014 zu.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
5 Enthaltungen

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht der Schwerpunktprüfung zur Generalsanierung des NPG

I. Sachverhalt:

Landrat Werner verweist auf die allen Mitgliedern vorliegende Unterlagen und spricht 3 Bereiche an:

1. Die Einzelbeanstandungen im Rahmen der Abrechnung konkreter Gewerke

Es gefällt ihm natürlich nicht, dass das Ein oder Andere nicht richtig gemacht wurde. Man hat intern intensiv darüber gesprochen, dass auch bei solch großen Projekten auf alle Details zu achten ist.

Auf der anderen Seite ist es schwierig zu vermeiden, dass gerade bei so umfassenden Baumaßnahmen der ein oder andere Fehler gemacht wird. Wichtig ist festzuhalten, dass kein finanzieller Schaden entstanden ist, weil alles bereinigt werden konnte.

2. Die Beauftragung des Architektenbüros.

Der Kreisausschuss hat beschlossen, das Gesamthonorar auf max. 20 % der Baunebenkosten zu begrenzen. Im Vertrag mit Müller und Micera wurde das Honorar auf 20 % der Baunebenkosten pauschaliert. Da gibt es selbstverständlich einen Unterschied. Beide Varianten kommen aber finanziell zum gleichen Ergebnis. Durch interne Berechnungen ist belegt, dass diese 20 % Grenze auf keinen Fall unterschritten wird. Ein nicht gedeckeltes Honorar wäre auf jeden Fall höher gewesen.

Sowohl das Rechnungsprüfungsamt als auch der Rechnungsprüfungsausschuss haben deshalb diese Beanstandung auch für erledigt erklärt.

3. Das Land hat den Zuschuss für das Architektenhonorar gekürzt, da die Leistung nicht ausgeschrieben war. Der Kreisausschuss hat dieses Vorgehen vor Beginn der Baumaßnahme akzeptiert. Da war nämlich klar, dass diese Förderung aus dem Konjunkturpaket 1 des Bundes nur dann erfolgen wird, wenn sofort mit der Baumaßnahme begonnen werden kann. Dies war nur möglich bei einer freihändigen Vergabe. Ohne diese Entscheidung des Kreisausschusses wäre

eine Sanierung des NPG's nicht erfolgt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat noch am Ende der vorigen Periode unter Vorsitz von Herrn Kunz über diesen Bericht beraten und sieht die Beanstandungen aus dem Prüfbericht als erledigt an.

Für Rudolf Jacob (CDU) sei es nachvollziehbar, dass bei einer Baumaßnahme dieser Größenordnung, insbesondere bei laufendem Schulbetrieb nicht alles ganz reibungslos läuft. Die Maßnahme wurde auch über Jahre im Kreisausschuss begleitet. Durch die Sanierung sollte das NPG schlussendlich Passivhausstandard erreichen. Rudolf Jacob interessiert es, ob diesbezüglich eine Bilanz der Energieverbräuche vorgelegt werden kann.

Auch Landrat Werner findet die Aufstellung einer solchen Bilanz sinnvoll und notwendig. Bevor Dezernatsreferent Albert Graf diesen Bereich näher beleuchtet, informiert Landrat Werner, dass es vorgesehen ist, ferner im Umwelt- und Schulträgerausschuss über diesen Themenbereich zu berichten. Denn auch ihm ist wichtig zu wissen, ob das Ziel erreicht wurde.

Das Ziel wurde noch nicht endgültig erreicht, so Dezernatsreferent Albert Graf. Beim Wärmeverbrauch sei man auf einem guten Weg - der Stromverbrauch ist allerdings leicht gestiegen. Zum einen lässt sich dies auf die aufwendige Lüftungstechnik zurückführen, die eingebaut wurde, um die von den Menschen produzierte Wärme zu nutzen und diese aufbereitet wieder als Raumwärme zurück zu führen. Zum anderen verfügt das NPG derzeit über deutlich mehr Technik als vor der Sanierung, wie z. B. Fahrstühle und neue Ausrüstung der EDV-Räume. Durch die großflächige Fotovoltaikanlage an der Südfront des Gebäudes sowie auf dem Dach kann der Mehrverbrauch deutlich aufgefangen und durch die Berücksichtigung des eigenproduzierten Stromes sogar reduziert werden.

Die Energiebilanzen werden jedes Jahr für alle Schulen in Trägerschaft des Kreises erstellt. Die Schulen erhalten ebenfalls ein Exemplar, damit sie auf dem aktuellen Stand sein können, wie der Verbrauch der eigenen Schule sei. Diesbezüglich ist die Verwaltung in einem ständigen Gespräch mit den Schulen, um diese hinsichtlich Energieeinsparung besser beraten zu können.

Christian Ritzmann (FDP) bezieht sich auf die Tatsache der fehlenden Ausschreibung und möchte wissen, wie damals der Ablauf konkret war: war der Kreisausschuss sich der Tatsache bewusst, dass hierbei gegen geltendes Recht verstoßen wird und der Beschluss wurde dennoch gefasst, um dem Kreis sozusagen die Kosten zu ersparen? Oder entstand diese fehlende Ausschreibung dadurch, dass die Verwaltung versäumt hat, eine Ausschreibung zu tätigen oder den Kreisausschuss darüber nicht informiert hat, dass eine Ausschreibung eigentlich notwendig wäre?

Dezernatsreferent Albert Graf erklärt, im Vorfeld der weitergehenden Beauftragung für das NPG wurden alle Schulen des Kreises auf mögliche energetische Einsparungsmaßnahmen durch zwei Büros untersucht. Darauf aufbauend konnten später Mittel aus dem K2-Programm abgerufen und in die Schulen investiert werden. Das NPG wurde vom Büro Müller/Micera untersucht und neben energetischen Mängeln sind natürlich auch sehr viele bauliche Mängel festgestellt worden, so dass hier das Signal kam, beim NPG besteht ein wesentlich größerer Sanierungsbedarf. Hierbei kam die Idee vom Büro Müller/Micera - wenn eine Sanierung, dann Passivhausstandard, so dass hier auch ein gewisses Urheberrecht entstanden ist.

Ferner wurde auch so bei der ADD argumentiert, dass hier ein Alleinstellungsmerkmal vorliegt und das Büro die Idee entwickelt hat. Zum damaligen Zeitpunkt hatten Müller/Micera darüber hinaus einen deutlichen Vorsprung gegenüber anderen Büros auf diesem Themengebiet. Des Weiteren wäre es schwierig gewesen dieses Thema im Rahmen eines Teilnehmerwettbewerbes abzufragen.

Die Aufsichtsbehörde konnte der Argumentation inhaltlich nicht umfänglich folgen, sondern war eher der Meinung, dass ein Teilnehmerwettbewerb durchaus möglich wäre und hat daher 1/3 der Honorarkosten nicht anerkannt, was durch Kreisausschussbeschlüsse unterlegt ist.

Christian Ritzmann (FDP) entgegnet seine Frage wurde nicht beantwortet. Er möchte wissen, ob die Kreisausschussmitglieder damals wissentlich und bei voll umfänglicher Information von der Abschreibung abgesehen haben oder ob die Mitglieder sich dieser Problematik bei der Beschlussfassung nicht bewusst sein konnten.

Dezernatsreferent Albert Graf informiert der Kreisausschuss wurde über diese Tatsache informiert und zitiert aus der damaligen Vorlage, die dem Kreisausschuss vorgelegt wurde: „1/3 der Architektenkosten wurden nicht bei der Förderung berücksichtigt, da nach Meinung des Landes die Auswahl nicht ordnungsgemäß erfolgte. Deshalb geht das Land von anerkannten Baukosten i.H.v. 7,55 Mio. € aus.“

Landrat Werner bekräftigt, dies seien die Fakten, die dem Kreisausschuss vorgetragen worden sind und die alle Mitglieder des Kreisausschusses gewusst haben.

Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, dass der Kreisausschuss nicht über die Konsequenzen der fehlenden Ausschreibung beschließen kann. Viel mehr muss es chronologisch gesehen, einen Punkt bei der Beschlussfassung im Kreisausschuss gegeben haben, bei dem die Mitglieder der Maßnahme zugestimmt haben, obwohl dadurch Ausschreibungsrecht nicht eingehalten wird. Denn während seiner kommunalpolitischen Tätigkeit musste Christian Ritzmann bereits öfters die Erfahrung machen, dass durch mehr oder weniger gute Argumente, Ausschreibungen nicht in der Art durchgeführt werden, wie das Gesetz

dies vorsieht.

Landrat Werner bekräftigt, dass alle Fakten damals auf den Tisch gelegt wurden und alle Kreisausschussmitglieder über alle Tatsachen informiert waren, um die Entscheidung zu treffen - Annahme der Landesförderung und Sanierung NPG oder nicht.

Rudolf Jacob (CDU) versucht bei der Klärung behilflich zu sein. Zum Zeitpunkt als im Kreisausschuss die Entscheidung für die Sanierung und damit für das Büro Müller/Micera fiel, war die Frage einer Ausschreibung nach seinem Kenntnisstand nicht thematisiert worden. Zum späteren Zeitpunkt hat man diese Information, die vorher zitiert wurde, zur Kenntnis genommen.

Dezernatsreferent Albert Graf fügt an, die Entscheidung für das Büro Müller/Micera ist bewusst getroffen worden, weil diese Idee des Passivhauses von ihm entwickelt wurde. Auch der Kreisausschuss hat sich hierfür eindeutig ausgesprochen.

Klaus-Dieter Magsig (FWG) informiert, für ihn war damals die Frage ob auszuschreiben ist oder nicht, nicht unbedingt relevant gewesen. Die Folge, dass aufgrund der Nichtausschreibung die zuschussfähigen Kosten reduziert worden sind, wurde genannt. Die Begründung hierfür lautete allerdings, dass das Land der Meinung ist, das es keine zuschussfähigen Kosten sind. Seiner Meinung nach - eine milde Formulierung für den Umstand, der aufgrund einer Nichtausschreibung entstand. Dadurch kam es auch zum Einnahmeausfall i.H.v. rd. 421.000 €. Unterm Strich gesehen, ist der Aufwand für die Planung genau so hoch, wie dies vorher vereinbart worden ist und vor allen Dingen auch nicht teurer, als wenn es nach HOAI abgerechnet worden wäre. Somit ist kein Schaden entstanden, gibt Klaus-Dieter Magsig zu.

Dennoch bleibt die Tatsache der Art und Weise, wie es vorgetragen wurde. Die Vorlage und die Niederschrift lassen nicht erkennen, dass es in einer umfassenden und voll umfänglichen Art und Weise erfolgt ist, wie es Christian Ritzmann gerne hätte. Fakt ist, dass der Zuschuss und die zuschussfähigen Kosten bekannt waren - der Betrag von rd. 421.000 € ist dagegen nicht genannt worden.

Zum Schluss dankt Klaus-Dieter Magsig den Mitarbeitern/innen des Rechnungsprüfungsamtes für ihre wichtige und sinnvolle Tätigkeit, ohne die höchstwahrscheinlich diese Mängel nicht aufgefallen wären.

Landrat Werner unterstützt die Aussage von H. Magsig dahingehend, dass das Rechnungsprüfungsamt notwendig sei. Solche Einrichtungen gehören für ihn zur Demokratie, Rechtsstaat und einer ordentlichen Verwaltung ohne wenn und aber dazu.

Zu den förderfähigen Kosten klärt Landrat Werner auf, dass die Architektenkosten um rd.

450.000 € reduziert worden sind. Die darauf entfallende 80%ige Förderung des Landes wurde nicht gewährt.

Klaus-Dieter Magsig (FWG) entgegnet zu den förderfähigen Kosten, dass der Betrag von rd. 421.000 € sich aus dem Prüfungsbericht des RPA ergibt. Er zitiert aus dem Prüfungsbericht S. 11, Abs. 3 letzter Satz: „Dies bedeutet, dass die Zuwendung (nach Abzug einer Bearbeitungsgebühr von 0,15%) um ca. 421.833 € niedriger ausfiel, da die Vergabe der Planleistungen nicht durch ein VOF - Verfahren durchgeführt wurde.“

Gerd Fuhrmann (SPD) unterstützt die Aussage von Klaus-Dieter Magsig über die Notwendigkeit der Rechnungsprüfungsämter. Durch diese werden Sachverhalte oft verständlicher und klarer. Im vorliegenden Fall ist für ihn wichtig fest zu stellen, dass kein finanzieller Schaden für den Kreis entstanden ist.

Christian Ritzmann (FDP) ist für die Wortmeldungen von H. Jacob und H. Magsig dankbar. Sie haben den Sachverhalt in der Richtung beleuchtet, die für ihn wichtig war. Denn die ehrenamtlichen Kreistags- und Ausschussmitglieder sind in jedem Moment darauf angewiesen, voll umfänglich über die Rechtslage und -folgen der Entscheidungen informiert zu sein. Hier scheint ihm diesbezüglich ein Mangel vorgelegen zu haben, der historisch aus dem Projekt heraus durchaus erklärbar ist. Im Endeffekt ist das Projekt abgewickelt und die Folgen müssen gemeinsam getragen werden. Er bittet jedoch künftig besonderen Wert auf solche Informationen zu legen.

Landrat Werner kann die Aussage unterstützen und verdeutlicht, dass dies sowohl in der Vergangenheit umgesetzt wurde als auch in Zukunft immer erfolgen wird.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) räumt ein, die Generalsanierung des NPG's bei laufendem Schulbetrieb, war wirklich ein ehrgeiziges Projekt, was einfach anerkannt werden muss. Natürlich sind ihm die gleichen Sachen aufgefallen, die hier ausführlich diskutiert worden sind, wobei aus dem Kollegenkreis bereits darauf hingewiesen wurde, dass es sich auch auf den Zeitdruck zurückführen lässt, der damals durch die Gewährung der Fördermittel entstanden ist.

Nachdem allerdings alles ausgeräumt werden konnte und kein finanzieller Schaden entstanden ist, bleibt nur übrig, die Maßnahme voll und ganz anzuerkennen. Wichtig für ihn sei die Evaluierung der energetischen Sanierung, um zu sehen, ob tatsächlich Passivhausniveau erreicht werden konnte.

II. Beschluss:

Die Schwerpunktprüfung des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes und der Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 08.04.2014 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Nachwahl eines beratendes Mitgliedes in den
Jugendhilfeausschuss

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Der Kreistag des Donnersbergkreises hat in seiner konstituierenden Sitzung am 16. Juli 2014 einen neuen Jugendhilfeausschuss gewählt.

Ein Vertreter/in der Polizei konnte in der Sitzung nicht mitgewählt werden, da noch keine Vorschläge seitens der zuständigen Institution vorlagen.

Das Polizeipräsidium Westpfalz schlägt nun als beratendes Mitglied

Frau PHK'in Caroline Glas von der Polizeiinspektion Kirchheimbolanden

und als ihren Stellvertreter

Herrn PHK Jürgen Herrmann von der Polizeiinspektion Rockenhausen vor. „

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Frau Caroline Glas als beratendes Mitglied und Herrn Jürgen Herrmann als ihren Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ergebnis der 2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am 02. Oktober 2014 in Kirchheimbolanden

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Natur und Umwelt

I. Sachverhalt:

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Ergebnis der 2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am 02. Oktober 2014 in Kirchheimbolanden

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Wahl der Mitglieder und Stellvertreter in den Ausschuss für
Kreisentwicklung und Demographie

I. Sachverhalt:

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Wahl von Vertretern/innen des Zweckverbandes zur Förderung der Kulturarbeit im Einzugsgebiet der Stadt Eisenberg

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Gem. § 4 Absatz 1 der Verbandsordnung des Zweckverbandes zur Förderung der Kulturarbeit im Einzugsgebiet der Stadt Eisenberg vom 08. Juni 2000 (zuletzt geändert am 01.01.2007) besteht der Kulturzweckverband Eisenberg aus dem Verbandsvorsteher und der Verbandsversammlung.“

Die Verbandsversammlung setzt sich gem. § 7 der Verbandsordnung aus insgesamt zwölf Vertretern/innen zusammen. Neben dem Landrat gehören der Verbandsversammlung auch zwei Mitglieder des Kreistages an, die zu wählen sind.

Aufgrund des Stärkeverhältnisses im Kreistag ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD - 1

CDU - 1“

Folgender gemeinsamer Wahlvorschlag liegt vor:

Klaus Wohnsiedler, Eisenberg (SPD)

Ender, Yüksel, Eisenberg (CDU)

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Der Kreistag des Donnersbergrkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergrkreises wählt Herrn Klaus Wohnsiedler, Eisenberg und Herrn Yüksel Önder, Eisenberg in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Förderung der Kulturarbeit im Einzugsgebiet der Stadt Eisenberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Wahl eines/r Vertreters/in sowie Stellvertreters/in aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg als Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Gemäß § 10 Abs. 2 der Satzung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz ist ein Mitglied sowie ein/e Stellvertreter/in aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse zu benennen.

Vorschlagsberechtigt ist die SPD-Fraktion.“

Dieser Vorschlag muss im Benehmen mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erfolgen. Der Verwaltungsrat der Sparkasse hat sich in seiner Sitzung am 23. September 2014 mit der Thematik befasst und sich für folgende Personen ausgesprochen:

Fraktion	Vertreter/in	Stellvertreter/in
SPD/CDU	Christoph Stumpf, Münchweiler	Rudolf Jacob, Winnweiler

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Christoph Stumpf, Münchweiler als Vertreter und Herrn Rudolf Jacob, Winnweiler als seinen Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Wahl des Kreissenioresrates

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Nach den Richtlinien für den Kreissenioresrat des Donnersbergkreises vom 25.04.1996 werden die Mitglieder des Kreissenioresrates aufgrund von Vorschlägen zu Beginn einer Legislaturperiode auf fünf Jahre durch den Kreistag gewählt.

Gemäß Ziffer 3 a der Richtlinien sollen aus jeder Verbandsgemeinde mindestens drei Privatpersonen dem Kreissenioresrat angehören. Diese werden durch die Seniorenräte der jeweiligen Verbandsgemeinde vorgeschlagen. Sofern dort keine Seniorenräte bestehen, geht das Vorschlagsrecht auf den Kreistag über.

Weiterhin schlagen nach Ziffer 3b der Richtlinie Einrichtungen, die Dienste für ältere Menschen leisten, Mitglieder vor. Deren Gesamtzahl ist auf insgesamt 12 begrenzt.

Nachdem lediglich in den Verbandsgemeinden Alsenz-Obermoschel, Eisenberg und Rockenhausen Seniorenräte bestehen, geht das Vorschlagsrecht für die übrigen drei Verbandsgemeinden auf den Kreistag über (9 Personen). Da die Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel nur zwei Personen vorgeschlagen hat, geht das Vorschlagsrecht für ein weiteres Mitglied ebenfalls auf den Kreistag über. Somit sind vom Kreistag mindestens 10 Personen für die Wahl zum Kreissenioresrat vorzuschlagen.

Entsprechend dem Stärkeverhältnis im Kreistag ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD -	3
CDU -	3
FWG -	2
Grüne -	1
AfD -	1“

Seitens der Fraktionen liegt folgender gemeinsamer Wahlvorschlag vor, nachdem die CDU-Fraktion das ihr zustehende Vorschlagsrecht für einen Sitz an die FDP abgetreten hat:

Partei / WG		Mitglieder
SPD	1.	Schulz, Peter, Winnweiler
	2.	Schlabach, Ingrid, Stetten
	3.	Mähnert, Gisela, Kerzenheim
CDU	4.	Fischer, Uschi, Kirchheimbolanden
	5.	Mattern, Hermann, Biedesheim
FDP	6.	Wüstenberg, Christa, Wartenberg-Rohrbach
FWG	7.	Paul, Hugo, Bolanden
	8.	Fürwitt, Gernot, Albisheim
Grüne	9.	Drynda, Bärbel, Eisenberg
AfD	10.	Maurer, Robert, Göllheim
Vorschläge der Seniorenräte		
VG Alsenz-Obermoschel	11.	Becker, Willi, Finkenbach-Gersweiler
	12.	Baldauf, Ursula, Gaugrehweiler
VG Eisenberg	13.	Lackmann, Manfred, Eisenberg
	14.	Ecker-Henn, Anneliese, Eisenberg
	15.	Kirch, Bernd, Eisenberg
VG Rockenhausen	16.	Busch, Luise, Rockenhausen
	17.	Steitz, Anni, Dielkirchen
	18.	Gaß, Hannelore, Rockenhausen
Vorschläge der Einrichtungen		
Betreuungsverein K'bolanden e.V.	19.	Sauer, Hermann, Eisenberg
Betreuungsverein Donnersberg e.V.	20.	
Caritas-Verband	21.	Deubel, Ingrid, Kirchheimbolanden
Diakonisches Werk	22.	Kurtz, Elke, Kirchheimbolanden
Westpfalzkrlinikum K'bolanden	23.	Zapp, Rudi, Nußbach
Westpfalzkrlinikum Rockenhausen	24.	Demmerle, Michaela, Falkenstein
Ökum. Sozialstation DOB Ost	25.	Treiber, Gabriele, Heyerhof
Ökum. Sozialstation Rockenh.	26.	Heblich, Romy, Gaugrehweiler
DRK Kirchheimbolanden	27.	Mattern, Jürgen, lautersheim

DRK Rockenhausen	28.	Lommel-Maul, Uta, Münchweiler
Sozialverband VdK	29.	Lincker, Klaus, Winnweiler

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt die im Sachverhalt genannten Personen in den Kreissenorenrat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 11 der Tagesordnung: Bestellung eines Vertreters/in des Aufsichtsrates der Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Die Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH besteht aus den Gesellschaftern Westpfalz-Klinikum GmbH, der Saarland Heilstätten GmbH sowie der Klinikum Saarbrücken gGmbH.

Die Amtsdauer des Aufsichtsrates der Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH beträgt nach § 9, Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages fünf Jahre, beginnend jeweils mit dem 01. Januar eines Kalenderjahres – erstmals mit dem 01. Januar 2005.

Die Amtszeit des aktuellen Aufsichtsrates endet somit am 31. Dezember 2014.

Die Krankenhäuser Kirchheimbolanden/Rockenhausen sind mit einer Person im Aufsichtsrat der Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH vertreten.

Vorschlagsberechtigt ist die SPD-Fraktion, die als Mitglied Herrn Dr. Said Kahla, Kirchheimbolanden und als Stellvertreter Herrn Eduard Unger, Winnweiler vorschlägt.“

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Dr. Said Kahla als Mitglied und Herrn Eduard Unger als Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ergebnis der 2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am 02. Oktober 2014 in Kirchheimbolanden

Zu Punkt 12 der Tagesordnung: 12a Änderung der Satzung der AöR
12b Wahl der Mitglieder sowie Stellvertreter/innen des
Verwaltungsrates der AöR

I. Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung: Bestimmung von zwei Mitgliedern für die
Trägerversammlung des Jobcenters Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Mit Übergang von der ARGE zum Jobcenter als gemeinsame Einrichtung des Donnersbergkreises und der Bundesagentur für Arbeit ist nach den einschlägigen Regelungen des SGB II eine Trägerversammlung einzurichten.

Die Trägerversammlung entscheidet über organisatorische, personalrechtliche und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten der gemeinsamen Einrichtung. Die Trägerversammlung ist weiterhin in Streitfragen zwischen Personalvertretung und Geschäftsführer die übergeordnete Dienststelle und oberste Dienstbehörde nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz und berät zu gemeinsamen Betreuungsschlüsseln. Sie stellt einheitliche Grundsätze der Qualifizierungsplanung und Personalentwicklung auf. In der Trägerversammlung wird außerdem das örtliche Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm der Grundziele für Arbeitssuchende unter Beachtung von Zielvorgaben der Träger abgestimmt.

Die Trägerversammlung besteht gem. § 2 der am 09.11.2010 vom Kreisausschuss beschlossenen Vereinbarung zwischen Bundesagentur für Arbeit und Donnersbergkreis aus sechs Mitgliedern. Die Mitglieder des Donnersbergkreises sind der Landrat und zwei weitere Vertreter des Landkreises. Die weiteren Vertreter des Landkreises sind durch den Kreistag zu wählen.

Entsprechend dem Stärkeverhältnis im Kreistag, ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD - 1
CDU - 1“

Seitens der Fraktionen liegen folgende Vorschläge vor:

- Gerd Fuhrmann, Rockenhausen (SPD)
- Manfred Schäfer, Alsenz (CDU)

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Gerd Fuhrmann und Manfred Schäfer als Vertreter des Landkreises in die Trägerversammlung des Jobcenters Donnersbergkreis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 14 der Tagesordnung: Anfrage der Fraktion B90/Grüne zum Hochwasser im Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Lisett Stuppy (B90/Die Grüne) informiert in den verschiedensten Medien wurden schlimme Nachrichten und Bilder ersichtlich. Die Kreisbürger/innen sind alle sehr erschüttert darüber. In Rheinland-Pfalz war und ist der Donnersbergkreis besonders schwer von den Unwettern betroffen. Sie bittet vor allem um die Beantwortung der Frage 4 ihrer Anfrage - in welchem Bereich der Kreis die Menschen vor Ort unterstützen kann.

Landrat Werner beantwortet die Fragen der eingereichten Anfrage:

In den vergangenen Jahren kam es nicht zu solchen extremen Unwetterereignissen. Das Unwetter vom 29.07.2014, das im Einzugsbereich des Appelbachs zu erheblichen Schäden geführt hat, ist auch von der Regenmenge her nicht mit dem jetzigen Hochwasser vergleichbar. Der Grund für die Überschwemmung war ein Starkregenereignis mit einer lokal eng begrenzten Regenmenge von bis zu 144,6 l pro m² innerhalb kürzester Zeit. Wasserlawinen mit Schlamm und Geröll aus Hanglagen durchfluteten die Orte, daneben stiegen Moschelbach und Ranzenbach in Waldgrehweiler dramatisch an und führten eine Flutwelle in einer Höhe von 1,50 m über Straßenniveau durch den Ort. In der Folge wurden die unterhalb von Waldgrehweiler liegenden Orte betroffen. Finkenbach-Gersweiler war zeitweise von der Außenwelt abgeschnitten. In den Gemarkungen ist ersichtlich, dass kleinere Bäche und Entwässerungsgräben im Verlauf des Unwetters teilweise bis zu einer Breite von bis zu 15 m angeschwollen sind und innerhalb kürzester Zeit in den betroffenen Ortslagen zu massiven Überflutungen führten. Aus den Feldlagen stürzte ebenfalls Wasser auf die talseitig liegenden Bäche. Durch die Wassermassen kam es zu Gebäudeeinstürzen, Menschen mussten aus den Wassermassen gerettet werden, Gastanks wurden weggespült.

Durch den Abriss von Leitungen bestand über einige Zeit in Ransweiler, Explosionsgefahr. Wohnhäuser wurden im Umkreis von 200m evakuiert, Heizöltanks wurden gehoben bzw. vollständig überflutet, was zum Austritt des Öls führte. Fahrzeuge wurden teilweise über mehrere km mitgerissen, Hoftore, Mauern und Geländer an Bachläufen wurden umgedrückt bzw. aus den Verankerungen gerissen. Brückenbauwerke wurden beschädigt, Straßenkörper sind durch Wegspülen schwer beschädigt. Durch das Eindringen von Wasser wurden Geschäfts- und Wohnräume schwer beschädigt und zum Teil unbrauchbar. Die Bahnlinie Alsenz-Rockenhausen

war von 8.15 - 9.30 gesperrt.

Kreisvertreter waren seit dem Unwetterereignis täglich vor Ort unterwegs. Landrat Werner, Albert Graf und Christian Rossel waren am Abend des Unwetters gemeinsam mit dem Bürgermeister Cullmann und später auch mit dem Bürgermeister Mohr mit unterwegs vor Ort und haben sich davon selbst ein Bild gemacht. Im weiteren Verlauf der Woche wurden von LR Werner und zahlreichen Mitarbeiter/innen bei Besuchen und Gesprächen vor Ort ein Bild von der Lage gemacht. Außerdem wurden Vertreter der Landesregierung und der oberen Landesbehörden durch die betroffenen Orte geführt. Außerdem waren zahlreiche Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung und der Verbandsgemeinden zu den verschiedensten Fragestellungen seit dem Unwetter vor Ort in den betroffenen Gemeinden.

Beim SWR wurde eine dauerhafte Berichterstattung angeregt, bei der auch um Spenden geworben wird. Bei der Landesregierung wurde angeregt den Auftritt von überregional bekannten Sportlern und Künstlern zu sponsern. Dabei sollten auch Auftritte in Kirchheimbolanden, Göllheim und Eisenberg stattfinden. Auch die Menschen im Ostteil des Kreises sollen ihre Solidarität mit den Donnersbergern auf der anderen Seite des Berges ausdrücken können. Landrat Werner ist froh, dass in Kirchheimbolanden am Sonntag am Römerplatz ein Benefizkonzert stattfindet. In der Stadt und in den Geschäften sind Spendendosen aufgestellt. Mit Bürgermeister Kauth konnte vereinbart werden, dass beim „Autofreien Eistal“ vermehrt Spenden gesammelt werden sollen. Es gibt Spenden aus dem Wirtschaftsforum und auch die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung haben in der Kantine eine Spendenkasse aufgestellt, um sich da finanziell beteiligen zu können.

Letztendlich hat sich Landrat Werner für die Anerkennung dieser Sintflut als überörtliches Elementarereignis eingesetzt. Heute kam die Mitteilung vom Minister Lewentz, dass er diese Meinung teilt.

Wie können die Menschen vor Ort unterstützt werden? Da gibt es vielfältige Aspekte, die erwähnt werden müssen. Im Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes wurde in der Zeit von 18.00 - 02.15 Uhr die Einsatzleitung übernommen. Der Kreisfeuerwehrinspekteur und die Führungsgruppe des Kreises haben gemeinsam mit den Wehren der Verbandsgemeinden sowie zahlreichen überörtlichen Kräften die notwendigen Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung eingeleitet. Der Gefahrstoffzug des Kreises hat auch in den Tagen nach dem Unwetter noch intensiv geholfen. Die Verwaltung war ab dem 21.09. mit eigenem Personal und externen Statikern vor Ort, um die Schäden zu begutachten. Man steht den betroffenen Bürgern bei Fragen zu baulichen Schäden und Risiken auch weiterhin zur Verfügung.

Ein weiteres Problem und besondere Gefahren bieten ausgelaufen Heizöltanks und Ölfässer. In

den meisten Fällen war die Umweltabteilung noch am Samstag bzw. am Sonntag sowie an folgenden Tagen vor Ort. Mit den Hauseigentümern wurde die Entsorgung besprochen, teilweise war der Gefahrstoffzug des Donnersbergkreises noch am 23. und 24.09. mit der Sicherung von Heizöltanks beschäftigt. Der Kreis hat die Sperrmüllabfuhr sowie die Abfuhr von Problemabfällen, wie Kühlschränken etc. übernommen. Mitarbeiter/innen der Verwaltung haben gemeinsam mit den Beauftragten Unternehmen und den Kollegen der Verbandsgemeinden dafür gesorgt, dass die Orte im Wesentlichen komplett vom Sperrmüll geräumt sind. Die Firma Becker aus Mehlingen hat ab dem 23.09.2014 mit der Entsorgung von Sperrmüll und Altholz in den Gemeinden der VG Rockenhausen und die Firma Remondis ab 24.09. in der VG Alsenz-Obermoschel begonnen. Am Dienstag wurde im Kreisausschuss mitgeteilt, dass diese Aufwendungen, die hierfür getätigt wurde, rd. 125.000 € Kosten verursachen, die der Kreis im Rahmen der Abfallwirtschaft aufbringen muss.

Des weiteren werden gemeinsam mit den Verbandsgemeindeverwaltungen und dem Jobcenter Anträge auf Leistungen zur Grundsicherung koordiniert und die Mitarbeiter im Bauamt stehen für Beratung zur Gewährung von Modernisierungszuschüssen zur Verfügung.

Gestern war Staatssekretär Griese vor Ort und hat zugesagt, dass das Land eine wasserwirtschaftliche Untersuchung in Auftrag gibt. Dabei soll fest gestellt werden, wie die Wahrscheinlichkeit, dass sich solche Katastrophen wiederholen, reduziert werden kann. Die Realisierung der einzelnen Maßnahmen wird das Land wohl mit 90% bezuschussen. Das gilt auch für die Brücken, wenn die Abflussverhältnisse verbessert werden. Außerdem sollen die betroffenen Bürger individuell beraten werden, wie sie sich selbst und ihr Hab und Gut künftig besser schützen können.

Anschließend bedankt sich Landrat Werner bei den vielen Helfern, der Feuerwehr, dem DRK, THW, den Verwaltungen und auch bei den Nachbarn, Freunden und Verwandten der Flutopfer, aber auch bei Fremden, die ihre Hilfe angeboten haben. Nach der Flutwelle ist eine große Welle der Solidarität und der Hilfe durch die Region geflossen und jeden Tag kommen neue Angebote hinzu. Landrat Werner ist stolz darauf, in einer solchen Region Mitverantwortung tragen zu dürfen.

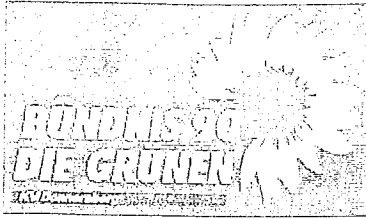
Landrat Werner bedankt sich anschließend bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 16.20 Uhr die Sitzung des Kreistages.



(Werner)
Vorsitzender



(Herbrandt)
Schriftführerin



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion

An Herrn Landrat Werner
Kreisverwaltung Donnersbergkreis

24.9.2014

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag des Donnersbergkreises bittet um Beantwortung der Fragen zu folgendem Thema:

Hochwasser im Donnersbergkreis

Die aktuellen Ereignisse in den Verbandsgemeinden Rockenhausen und Alsenz-Obermoschel haben uns erschüttert. Die Bilder zeigen teilweise verheerende Zustände der Wohnhäuser und Ortsstraßen. Auf einen Schlag wurden öffentliches sowie Privatvermögen vernichtet. Derartige extreme Wetterereignisse haben sich binnen weniger Wochen zwei mal wiederholt. Das Hochwasser hat die betroffenen Ortschaften unvorbereitet getroffen. Die Menschen sind nun auf Hilfe und Unterstützung angewiesen.

- 1) Sind dem Kreis in den letzten Jahren vergleichbare Hochwasser-Ereignisse bekannt?
- 2) Was waren die Ursachen für die enormen Überschwemmungen?
- 3) Wie geht der Kreis mit der Situation in den betroffenen Orten um?
- 4) In welchem Bereich kann der Kreis die Menschen vor Ort unterstützen?
- 5) Welche Maßnahmen plant der Kreis für die Zukunft?

Mit freundlichen Grüßen

(Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 15.09.2014

Tag der Sitzung: 02.10.2014

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.20. Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 33

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 5

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Anwesenheitsverzeichnis

2. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
am 02.10.2014 in Kirchheimbolanden

	Mitglieder	anwesend
SPD	1. Fuhrmann, Gerd	X
	2. Busch, Luise	X
	3. Cullmann, Michael	X
	4. Dr. Kahla, Said	end.
	5. <u>Frey, Bernd</u>	end.
	6. Groß, Michael	
	7. Herzog, Gustav	X
	8. Manz-Knoll, Claudia	X
	9. <u>Mayer, Christa</u>	X
	10. Rauschkolb, Jaqueline	X
	11. Seebald, Karl-Heinz	X
	12. Stumpf, Christoph	X
	13. Wohnsiedler, Klaus	X
CDU	14. Jacob, Rudolf	X
	15. Hartmüller, Dieter	X
	16. <u>Hartmüller, Klaus</u>	X
	17. Hoffmann, Sven <i>ab TOP 3</i>	X
	18. Huth-Haage, Simone	
	19. Leverkus, Hans	X
	20. Pick, Wilfried	X
	21. Pohl, Regina	X
	22. <u>Rhein, Gunther</u>	X
	23. Schäfer, Manfred	X
	24. Ströhla, Christopher	X

FWG	25. Magsig, Klaus-Dieter	X
	26. Funck, Peter	X
	27. Hartelt, Eberhard	X
	28. <u>Kauth, Adolf</u>	X
	29. Kolb, Ulrich	X
	30. Strack, Friedrich	
FDP	31. Ritzmann, Christian	X
	32. Brand, Eva	X
GRÜNE	33. Beck, Rita	X
	34. Dr. Groskurt, Ernst	X
	35. <u>Stuppy, Lisett</u>	X
LINKE	36. Schmidt, Helmut	X
AfD	37. Linn, Jürgen	X
	38. Lohr, Damian	X
	Kreisbeigeordnete	
	1. Ruther, Michael	X
	2. Paul, Hugo	X
	3. Dr. Sabbagh, Jamill	X